

KRISE DES LIBERALISMUS

Ein autoritäres Angebot

Bislang glaubte man, die liberale Gesellschaft sei der Sieger der Weltgeschichte. Warum eigentlich? Der Aufstieg rechter Politiker zeigt: Sie könnte ebenso gut wieder verschwinden.

VON Thomas Assheuer | 27. Mai 2016 - 19:58 Uhr

© Aly Song/Reuters

Politikermasken in einem chinesischen Geschäft für Partyzubehör.

Noch zwei, drei Wahlen, so schrieb kürzlich die amerikanische Historikerin Anne Applebaum, und das Ende des Westens rücke in greifbare Nähe. Falls Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt würde, werde er Amerika isolieren. Und falls es der Europäischen Union nicht gelinge, den Aufstieg der Rechten abzuwenden, breche das europäische Haus auseinander. Was ist dann noch der Westen? Was bleibt von seinem politischen Herzstück, der aufgeklärten, liberalen Gesellschaft?

Anne Applebaums Befürchtungen klingen alarmistisch, doch der Beinahe-Erfolg des rechten Kandidaten Norbert Hofer bei der Bundespräsidentenwahl in Österreich bestätigt sie. Ist Österreich, mit einem Wort des Dichters Friedrich Hebbel, jene "kleine Welt, in der die große ihre Probe hält"?

Das Stück, das dort einstudiert werden sollte, hieß "Abwicklung der liberalen Gesellschaft", doch geprobt wird dafür nicht nur in Wien. So wollte die *New York Times* dieser Tage wissen, ob mit Donald Trump die Tyrannei schon vor der Tür stehe, und der Publizist Andrew Sullivan fühlte sich in einem viel diskutierten New York Magazine -Artikel an Platons Warnung erinnert, wonach die Demokratie an ihrer eigenen Freiheit zugrunde gehe und ihren eigenen Totengräber wähle. Kurzum: Was bedeutet der Aufstieg rechter Politiker? Beginnt, ein Vierteljahrhundert nach dem Untergang des Kommunismus, der Zerfallsprozess des westlichen Gesellschaftsmodells? Beginnt der Niedergang des Liberalismus, der scheinbar unbesiegbaren Verbindung aus Demokratie und Kapitalismus?

Politiker und Zeitgeistbeobachter geben sich fassungslos angesichts des Erfolgs der Rechten, dabei ist ihr Aufstieg schon lange vorausgesagt worden. Der Soziologe Ralf Dahrendorf prophezeite schon in den neunziger Jahren, die Globalisierung werde "eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten" und "Probleme schaffen, denen mit normalen demokratischen Methoden abzuhelfen schwierig" sei. Auch Wilhelm Heitmeyers Studien lesen sich so, als seien sie eben erst entstanden. Tatsächlich sind die neuen Autoritären keine Aliens, sie kommen nicht von einem anderen Stern, sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Was sie verbindet, ist die Überzeugung, dass die liberalen Methoden zum alten Eisen gehören. Deshalb machen sie ein Angebot, das viele nicht ablehnen können.

Zum Beispiel Donald Trump. Sein Erfolg, so heißt es oft, verdanke sich seinem Patriotismus, er gebe den Menschen "ein Stück Identität" zurück. Das ist weder ganz falsch noch ganz richtig. Viel entscheidender ist, dass Trump, die Epiphanie des Kapitals, sich auf die Seite der arbeitenden Klasse schlägt und Amerikas verlorene Seelen einsammelt. Der Multimilliardär wirbt um diejenigen, denen die Zukunft den Schlaf raubt – und natürlich um die Bürger, denen die Regierung zu liberal und die moderne Gesellschaft zu kompliziert ist. Wirtschaftsliberale Phrasen kommen ihm so schnell nicht über die Lippen. Er sagt nicht: "Ändere dein Leben, und kämpf dich nach oben." Stattdessen sagt er: "Bleib so, wie du bist. Du musst kein Opfer mehr bringen, ich respektiere dich auch so."

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 23 vom 25.5.2016.

Bislang klang das völlig anders, bislang machte die politische Standardrhetorik dem Wähler zwecks Steigerung seiner Leistungsmoral erst einmal ein schlechtes Gewissen. "Frag nicht, was der Staat für dich tun kann, frag, was du für den Staat tun kannst." Trump dreht den Spieß um. Er holt die Vergangenheit zurück, er schmeichelt all jenen, die von Amerikas Goldenem Zeitalter träumen, als die Welt stabil war und man noch nicht mehrere Jobs brauchte, um über die Runden zu kommen. Als Präsident werde er den Chef von Ford anrufen und ihm drohen, jedes amerikanische Auto, das er in Mexiko baue, zu besteuern. "Und wisst ihr was? Er wird 24 Stunden später angekrochen kommen und mir sagen, er werde das Werk wieder nach Detroit bringen. So einfach ist das."

Hillary Clinton, so lautet der Vorwurf von rechts bis links, sei die Frau der Feinsinnigen und Arrivierten. Sie mache Politik für Globalisierungsgewinner, für Menschen, die BMW fahren und Jazzmusik toll finden. Trump dagegen umgarnt jene, die lieber ein Steak in der Hand halten als ein Saxofon. Menschen, die alles Kosmopolitische verachten, weil sie es unwillkürlich mit Globalisierung in Verbindung bringen – also mit Firmenverlagerungen, Billigimporten, Arbeitslosigkeit. Für solche Menschen hat Trump eine untrügliche Witterung, und deshalb kündigt er den Elitenkonsens auf, wonach die Globalisierung ein Glück für Amerika sei. Er ist der Angustastreiber und Wutableiter, seine Wahlkampf-Auftritte sind Erlösungsveranstaltungen. Trump: "Es ist Wut im Land."

Die Literatur kennt diesen Typus. Es ist der mimetische Doppelgänger, eine Figur, die den Empörten die eigene Emotion zurückspiegelt, die Krisenangst, die abgelagerte Weltwut, das ganze innere Gift. In ihrem Doppelgänger sollen sie sich erkennen, denn er sagt, was alle denken. "Oh Gott, er versteht uns." Deshalb wildert Trump, dem die plebejische Bewunderung für die Verschwendung sicher ist, im Reich der niederen Dämonen. Er ist unflätig, rüde und hinterhältig, er pöbelt, geifert und hetzt. Keiner sagt so oft "fuck" wie er. Trump schenkt dem Publikum den Selbstgenuss der eigenen aufgestauten Gefühle und gestattet das obszöne Genießen der eigenen Regression. "The Donald" ist der vulgäre reiche Onkel, den die vornehme Verwandtschaft nie zum Familienfest einlädt. Plötzlich kommt das Großmaul zur Tür herein und setzt sich in den Lehnstuhl. Und die Kinder lieben ihn.

Und Trumps Versprechen? Sein Versprechen lautet, den gordischen Knoten der komplizierten Gegenwart zu zerschlagen, damit die Welt wieder so übersichtlich wird wie im Kalten Krieg. Das Land soll seine alte Stärke zurückgewinnen, und deshalb löst alles, was mit dem "schwächlichen" demokratischen Liberalismus zu tun hat, bei ihm Übelkeit aus. Für Trump ist der Staat eine Firma und er deren Boss. Doch nicht alle Bürger gehören dazu. Unablässig erfindet er Sündenböcke (Muslime, Mexikaner), und auch das Washingtoner Establishment ist für Trump ein Sündenbock, weil es den Niedergang Amerikas zu verantworten habe. Trump, heißt das, inszeniert sich als authentischer Außenseiter der eigenen Klasse. Er verspricht, gegen das Establishment eine Politik durchzusetzen, die den Zu-kurz-Gekommenen endlich gibt, was ihnen zusteht. Tatsächlich wissen jene, die ihm nachlaufen, mit schlafwandlerischer Sicherheit, wo sie in Amerikas herausziehender "Plutokratie" (so der Ökonom Branko Milanovi[#], *ZEIT* Nr. 21/16) das Zentrum der Macht suchen müssen: beim großen Geld, bei Trump, der zum Glück immer noch Mensch geblieben sei, wie die von ihm rituell mitgeführte Ehefrau gern bestätigt. "*I love him.*"

Die neuen Rechten in Europa haben noch keinen Trump in ihren Reihen, aber sie teilen mit ihm die "rohe Bürgerlichkeit", den Hass auf alles Unübersichtliche und Schwierige, auf alles, was sich nicht mit einem Faustschlag auf den Tisch lösen lässt. Als ein Delegierter auf dem AfD-Parteitag es wagte, aus Lessings *Nathan der Weise* zu zitieren, hätte man den armen Kerl fast aus dem Saal gejagt. Und wie Trump, so inszeniert sich die Internationale der Nationalen als Staatsanwalt der kleinen Leute. Sie fischt bei jenen, die den verlorenen Sicherheiten der alten Bundesrepublik nachtrauern oder das Gefühl haben, sich abzustrampeln, während der Reichtum der Reichen sich in sonnigen Steuerspar-Oasen leistungslos vermehrt.

Doch während Trump den amerikanischen Patriotismus missbraucht, der seine Wurzeln in der Idee der Gleichheit hat, benutzt die europäische Rechte einen reaktionär vergifteten Volksbegriff. Das Volk, predigen sie, sei "in seinem tiefsten Grunde" immer schon mit sich identisch, und noch bevor es im Parlament repräsentiert werde, wisse es schon, was es wolle. Gemessen an der ursprünglichen Identität des Volkes, bleibt Demokratie deshalb immer nur an der Oberfläche, und damit ändert sich auch die Rolle des Politikers. Im rechten Weltbild ist er nicht der Repräsentant der Staatsbürger, sondern der personalisierte Wille der Volksgenossen. "Ich bin ihr, ihr seid ich." Das Volk, und mehr Demokratie braucht es kaum, erkennt sich in seinem Regenten und wird mit ihm zu jener wehrhaften Gemeinschaft, die es immer schon war. "Ihr werdet euch wundern, was alles möglich ist", versprach Norbert Hofer seinen Wählern.

Das ist nicht bloß rechte Folklore, es ist Propaganda für ein Gesellschaftsmodell, das sich als radikale Alternative zum egalitären Liberalismus versteht. In der völkischen Ideologie ist die Idee, dass alle Menschen dieselben Rechte haben, entweder ein linksradikales Hirngespinnst oder eine christliche Verirrung. Menschen seien nun einmal nicht gleich, sie seien "seinsmäßig" unterschiedlich, es gebe ein Oben und ein Unten. Im Übrigen,

und das klingt wie eine völkische Karikatur der marxistischen Kritik am "egoistischen" bürgerlichen Privatrecht, im Übrigen herrsche im Liberalismus die unerbittliche Freiheit des Dschungels, in dem rationale Egoisten ums Überleben kämpften, um nicht als Flaschensammler zu enden.

Gegen die liberale "Gesellschaft der Würde" setzt die Rechte eine hierarchische "Gesellschaft der Ehre". Wie die Soziologin Julika Rosenstock gezeigt hat (*Vom Anspruch auf Ungleichheit*, Velbrück Verlag), versteht sich diese nicht als Gesellschaft der Freien und Gleichen, sondern als Gesellschaft der staatlich organisierten Ungleichheit. Jeder, so fantasiert die rechte Ideologie, stehe darin an seinem "natürlichen" Platz. Es gebe keine darwinistischen Kampfnomaden, nur völkisch Zugehörige. Jedem Volksgenossen sei die soziale Wertschätzung immer schon sicher, ausgenommen Bürger mit Migrationshintergrund, denn sie gehörten nicht zur völkischen Gemeinschaft. In der "Gesellschaft der Ehre" dürften Menschen noch dienen und sich opfern. Vermutlich würde auch der Sozialstaat überflüssig, denn die Reichen spendeten in einer "Revolution der gebenden Hand" (Sloterdijk) freiwillig den Armen. Es gereicht ihnen zur Ehre.

Man kann sich leicht ausmalen, welche klebrige Attraktivität eine solche Apartheidgesellschaft entwickelt, wenn Bürger das Gefühl haben, sie seien Modernisierungsverlierer und könnten sich für ihre liberale Freiheit nichts kaufen. Die rechte Alternative verspricht dagegen die Befreiung von der Befreiung und den Abschied von Europa sowieso. Sie malt die Nation als gute Stube mit Hirschgeweih und kugelsicheren Butzenscheiben, als Trutzburg gegen Terror, Klimakatastrophe und Flüchtlinge, kurz: als wetterfesten Herrgottswinkel für Menschen mit apokalyptischen Vorgefühlen, die nicht zu Unrecht fürchten, die "Welt draußen" könne über ihren Köpfen zusammenbrechen. Das autoritäre Angebot verfängt. Über vierzig Prozent der französischen Arbeiter gaben bei den Regionalwahlen dem Front National ihre Stimme, und auch in Österreich bildet die Arbeiterschaft mittlerweile die Kernklientel der FPÖ.

Es waren beileibe nicht nur amerikanische Politiker und Intellektuelle, die glaubten, der Weg nach Westen sei die natürliche Himmelsrichtung der Weltgeschichte. Doch nirgendwo steht geschrieben, dass zu einer liberalen Ökonomie auch ein liberales politisches System gehört. Ebenso gut könnte das westliche Modell, die historische Verbindung aus liberaler Demokratie und gezähmtem Kapitalismus, auch wieder zerbrechen, es gibt für seinen Fortbestand keine metaphysische Garantie. Die historische Tragik bestünde dann darin, dass liberale Gesellschaften von jener Globalisierung verschluckt werden, die sie selbst freigesetzt und an deren Regulierung sie kein Interesse gehabt hatten (die Zeitschrift *Mittelweg 36* widmet der Krise des Liberalismus gerade ein ganzes Heft). An die Stelle des alten Liberalismus würde dann ein neofeudaler Maßnahmestaat treten, eine Art postliberale Demokratie, die die Souveränität des alten Nationalstaates nur simuliert und in der allein der Markt noch frei wäre.

Auf den ersten Blick sind diese neofeudalen "Demokratien" auf groteske Weise widersprüchlich. Sie bekämpfen die gesellschaftliche Ungleichheit, indem sie sie ideologisch zementieren, sie kritisieren den Kapitalismus und heizen ihn durch Deregulierung weiter an. Sie besingen die nationale Volksgemeinschaft und zeigen Sympathien für den Sozialdarwinismus. Die AfD wollte anfangs sogar den Mindestlohn wieder abschaffen, einige Rechtsdenker würden "unproduktiven" Arbeitslosen am liebsten das Wahlrecht entziehen. Und Donald Trump ist schon als Person eine paradoxe Synthese. Er klagt, das "System ist kaputt", er müsse Politikern Geld zahlen, um seine Geschäftsinteressen durchzusetzen, aber er sei wenigstens so ehrlich, seine Unehrllichkeit zuzugeben.

Solche Widersprüchlichkeiten sind kein Versehen, sie sind Kalkül. Kein anderer als Silvio Berlusconi hat das rechte Betriebsgeheimnis ausgeplaudert, wonach Irrationalität und Unberechenbarkeit eine Gesellschaft besser zusammenschweißen als die demokratische Vernunft. Berlusconi, der sich wie Trump als Außenseiter seiner Klasse in Szene setzte ("Ich opfere mich für das Wohl aller"), beruft sich dabei auf Erasmus von Rotterdam und dessen *Lob der Torheit*. In der Torheit sieht er das Gegenbild zur kalten Rationalität des Normalpolitikers, eine Quelle von Vitalität und Kreativität. "Der Innovator ist umso origineller, je mehr seine Inspiration der Tiefe des Irrationalen entspringt."

Diese Irrationalität wäre das perfekte Biotop für die postliberale Demokratie: Keiner weiß, welche Maßnahmen die Regierung als Nächstes plant, ihr Leader handelt situativ und unberechenbar, denn wichtig ist ihm, dass entschieden wird und nicht wie entschieden wird. Und seine aggressive Aura gewinnt er nicht aus der Einhaltung, sondern aus der Übertretung von Regeln.

Die Voraussetzung für diese neue Form von Herrschaftsausübung wäre allerdings eine massive kulturelle Regression, genauer: eine Selbstvulgarisierung des Bürgertums, die in Donald Trump ("Ich liebe die Ungebildeten") bereits zu besichtigen ist. Niemand anders verkörpert so nahtlos die Einheit aus Realkapitalismus und Medienkapitalismus, und keinem anderen könnte es – einmal ins Amt gewählt – gelingen, die Wirklichkeit so lange zu fiktionalisieren, bis sie als Mythos ihrer selbst erscheint und der Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge verschwindet: Wie die Welt ist, so soll sie auch sein. Zwischendurch gibt es Meinungsumfragen, immer wieder Meinungsumfragen, bei denen genau die Stimmungen ans Licht kommen, die zuvor medial geschürt wurden. Den Rest erledigt die Polizei.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2016/23/krise-liberalismus-donald-trump-kapitalismus-patriotismus-rechtspopulismus>